

Antwort von Matthias Mieves – SPD-Bundestagsabgeordnete (Sprecher der SPD-Landesgruppe Rheinland-Pfalz)

Vielen Dank für Ihre E-Mail zur humanitären Katastrophe im Sudan, die Sie an die Abgeordneten der Landesgruppe Rheinland-Pfalz in der SPD-Bundestagsfraktion gerichtet haben. Daher antworte ich Ihnen als Sprecher unserer Landesgruppe im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen. Zugleich bitte ich die verspätete Antwort zu entschuldigen.

Die Kämpfe im Sudan haben zu der derzeit größten humanitären Katastrophe weltweit geführt. Über 11,5 Millionen Menschen sind auf der Flucht, davon rund 4,3 Millionen in Nachbarländer. Mehr als 21 Millionen Menschen leiden unter akutem Hunger. Frauen und Kinder sind von sexualisierter Gewalt betroffen und sehr viele leiden unter Krankheiten wie Cholera. Für das Leid der Bevölkerung stehen symbolisch die ethnischen Säuberungen und die dramatische Eskalation der Gewalt in El Fasher.

Die Auswirkungen des Konflikts beschränken sich jedoch nicht auf den Sudan selbst. Der Bürgerkrieg und die humanitäre Krise destabilisieren die gesamte Region am Horn von Afrika. So sind Hunderttausende Menschen in den benachbarten Tschad geflohen, was das ohnehin fragile Land vor enorme Herausforderungen stellt.

Auch innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion und der Bundesregierung wird die Situation im Sudan intensiv beraten. Deutschland hat finanziell Verantwortung übernommen: Die auf der London-Konferenz 2025 zugesagten 125 Millionen Euro für humanitäre Hilfe im Sudan und in den Nachbarstaaten wurden auf 141 Millionen Euro erhöht.

Gleichzeitig ist uns bewusst, dass eine nachhaltige und friedliche Lösung des Konflikts nur durch eine internationale Initiative erreicht werden kann. Der Schutz der Zivilbevölkerung muss dabei oberste Priorität haben. Im September 2025 wurde durch das sogenannte Quartett – bestehend aus den USA, Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien – eine Vereinbarung ausgehandelt, die unter anderem einen Waffenstillstand, humanitären Zugang sowie die Perspektive eines zivilen Übergangs im Sudan vorsah. Leider konnte dieses Format die weitere Eskalation, insbesondere in El Fasher, bislang nicht verhindern.

Daher vertreten viele Kolleginnen und Kollegen innerhalb meiner Fraktion die Auffassung, dass der internationale Druck, insbesondere auf die Vereinigten Arabischen Emirate, erhöht werden sollte, um Fortschritte auf dem Weg zu einer friedlichen Lösung für den Sudan zu erreichen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Mieves